

Rheinfelder Montagsdemo



**Liebe Montagsdemonstrantinnen und Montagsdemonstranten,
ich begrüße Euch zur 237. Montagsdemonstration ganz herzlich.**



(Fritz wusste wieder viel zu berichten!)

Es ist schon ein ausgemachter Blödsinn, wenn heute das Wirtschaftsministerium in den Medien vermelden lässt, die Rezession neige sich dem Ende zu.

Einmal ganz abgesehen davon, dass die tiefste Weltwirtschaftskrise seit der großen Krise 1927 seine Wirkung entfaltet und es sich nicht um eine einfache Rezession handelt, soll hier die Bevölkerung vor den anstehenden Bundestagswahlen in Sicherheit gewiegt werden.

Denn lediglich laut vorläufigen internen Berechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums schrumpfte die deutsche Wirtschaft im zweiten Quartal 2009 nicht weiter.

Also, befindet man sich doch bestenfalls in der Talsohle der Wirtschaftskrise, von der keiner weiß, wie lange es dauern wird, da wieder raus zu kommen.

In der Krise, und das hat auch schon der alte Karl Marx vor gut 150 Jahren analysiert, werden bedingt durch den übrigens heute auf die Spitze getriebenen Konkurrenzkampf, riesige Mengen Kapital vernichtet.

Und dieser Prozess ist gerade erst noch in der Anfangsphase. Wären nicht die Krisen dämpfenden Aktionen der Regierungen, ginge der Klassenkampf in Europa noch ganz anders ab.

Nachdem bereits hunderttausende Leiharbeiter und Befristete aus den Betrieben rausflogen, trifft es jetzt mit Entlassungen auch immer mehr Stammelegschaften.

Viel mehr, als derzeit auch nur annähernd der bisher expandierende Facharbeitermarkt der Schweiz aufnehmen könnte.

200 sollen alleine in der Ciba in Grenzach ihren Job – sozialverträglich – verlieren. Und in Bad Säckingen bei Woohlworth schafft nur noch eine Rumpfbelegschaft.

Und bei Opel regiert wieder die Spekulation, wenn als Konkurrent zum österreichischen Magna- Konzern jetzt plötzlich der US- amerikanische Finanzinvestor Ripplewood auf der Matte steht. Der Preis für das

Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz

Rheinfelder Montagsdemo



verlockende Angebot, alle Opelstandorte zu erhalten und die Staatsbürgschaften von 3,8 Mrd. € in kürzerer Frist wie Magna zurückzuzahlen?

Nun diese Frage ist leicht beantwortet. Im Wettlauf mit anderen Auto- Herstellern soll die Opelbelegschaft weiter ausgepresst werden. Das Risiko tragen die Kollegen und der Staat mit seinen Bürgschaften.

Das ist also die so genannte „soziale Marktwirtschaft“, hinter der sich nichts anderes als ein weichgespülter Kapitalismus verbirgt, in dem die Großkonzerne das Sagen haben.

Von ganz anderem Kaliber ist hingegen folgende Erklärung, die am 13.Juni 09 nach lebhafter Diskussion von namhaften Vertretern der kämpferischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in Deutschland als „Dortmunder Erklärung“ verfasst und verabschiedet wurde:

„Jetzt erst recht: Für starke und kämpferische Gewerkschaften in der Krise!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
wir erleben zurzeit die tiefste und umfassendste Wirtschaftskrise seit Bestehen des Kapitalismus! Keiner weiß, wann die Talsohle erreicht ist und vor allem, wann die Wirtschaft sie wieder verlässt. Selbst die optimistische Prognose der Bundesregierung rechnet nicht vor 2013 damit, dass der Vorkrisenstand der Produktion wieder erreicht sein wird. Jedenfalls handelt es sich nicht - wie ursprünglich prognostiziert – um eine „vorübergehende Rezession“.

Regierung und Konzerne wälzen die Lasten der Krise auf die Lohn- und Gehaltsabhängigen und ihre Familien ab, während sie großzügig Schutzschirme in Hunderten von Milliardenhöhe an Bank- und Industriekonzerne ausschütten. Noch erschwert eine unterschiedliche Betroffenheit der Arbeiter von der Krise den gemeinsamen Kampf. Offene Massenentlassungen konnten bereits Leiharbeiter und Zeitverträger erleben. Der mörderische internationale Konkurrenzkampf wird dazu führen, dass die Konzerne ihre vorübergehende Zurückhaltung in bestimmten Branchen und auch gegenüber den Stammebelegschaften aufgeben. So wird bereits ein massiver Arbeitsplatzabbau vorbereitet bzw. schon eingeleitet. Löhne und Gehälter werden gekürzt und die Arbeitsintensität enorm verdichtet. Nach den Wahlen müssen wir uns auf weitere Maßnahmen der Regierung wie Erhöhung der Massensteuern und weiteren Abbau sozialer Leistungen einstellen!

Gerade jetzt brauchen wir Gewerkschaften als Kampforganisation der Arbeiter und Angestellten und nicht als Co-Manager für die kapitalistische Krise. Deshalb machen wir uns Sorgen über eine offizielle Gewerkschaftspolitik bis hinein in die Betriebe, die zu weit reichenden Zugeständnissen bereit ist, oftmals auf den Einsatz gewerkschaftlicher Gegenwehr verzichtet und kampflös Positionen räumt. Das schwächt die Gewerkschaften, stößt Kollegen vor den Kopf.

Ben-Q, Nokia und andere Beispiele zeigen, Verzicht schwächt uns und führt in eine Sackgasse! Jetzt gilt es Ernst zu machen, mit dem Kampf für wichtige Forderungen, wie sie auf den letzten Gewerkschaftstagen beschlossen worden sind!

Die Unterstützung der Losung „Gemeinsam aus der Krise“ ist gegen den gewerkschaftlichen Grundgedanken gerichtet. Sie heißt für die Unternehmer die Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen, die Arbeiter zu spalten und in die gegenseitige Konkurrenz um schlechtere Arbeitsbedingungen zu treiben.

Zuerst die Leiharbeiter, dann die Zeitvertragsarbeiter und die Jugend – für uns gibt es keine Arbeiter erster und zweiter Klasse!



Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz

Rheinfelder Montagsdemo



Mit der Drohung der Insolvenz sollen Belegschaften gefügig gemacht werden. Dabei geht es bei der Insolvenz darum, auf einen Schlag bestehende Vereinbarungen und Rechte abzubauen. „Verzicht auf betriebsbedingte Kündigung“ hilft nicht gegen Arbeitsplatzabbau und heißt in den meisten Fällen, Arbeitsplatzvernichtung auf Kosten der Jugend! Was soll daran „sozialverträglich“ sein, wenn Ältere mit Abfindungen oder über Sozialplan gehen und Jüngeren der Arbeitsplatz fehlt? Bei Millionen Arbeitslosen kann Arbeitsplatzabbau niemals „sozialverträglich“ sein.

Dafür treten wir ein:

Nicht wir, die Verursacher sollen die Kosten der Krise bezahlen!

Kampf um jeden Arbeits- und Ausbildungsplatz!



Weg mit Rente 67 – Herabsetzung des Rentenalters mit vollem Rentenausgleich! Wirksamer Kündigungsschutz für ältere Beschäftigte - Abschaffung der Zwangsverrentung!

Weg mit den Hartz-Gesetzen – sofortige Anhebung des Regelsatzes auf 500 €.

Für einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro!

Für die 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich und unbefristete Übernahme aller Ausgelernten entsprechend ihrer Ausbildung!

Für den Erhalt der Flächentarifverträge, einheitliche Lohn- und Arbeitsbedingungen in Ost und West!

Für die Verteidigung und Ausbau der gewerkschaftlichen und politischen Rechte!

Bei Maßregelungen und Repressalien muss gelten: uneingeschränkte Solidarität!

Einer für alle – alle für einen!

Für ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht!

Für uneingeschränkte Meinungs- und Versammlungsfreiheit auf antifaschistischer Grundlage!

Verbot aller faschistischen Organisationen und ihrer Propaganda!

Wir wollen über Standort- und Ländergrenzen hinweg unsere Forderungen gemeinsam durchsetzen!

Hoch die internationale Solidarität!

Jetzt ist die richtige Zeit, auch in den Gewerkschaften offen über gesellschaftliche Alternativen, eine solidarische Gesellschaft, jenseits von Kapitalismus und Konkurrenz zu diskutieren!

Auch in der Krise muss die volle gewerkschaftliche Kampfkraft eingesetzt und die Zusammenarbeit und Vernetzung mit anderen gesellschaftlichen Kräften und Bewegungen auf gleicher Augenhöhe organisiert werden.

Wir setzen uns ein für starke und kämpferische Gewerkschaften durch offensive Mitgliedergewinnung, die Stärkung und Aufbau selbstbewusster gewerkschaftlicher Vertrauenskörper, die kein Anhängsel der Betriebsverfassungsrechtlichen Organe sind und die Förderung bzw. Wiederbelebung der gewerkschaftlichen Frauen- und Jugendarbeit.

Die Gewerkschaften sind stark, wenn wir die breite Masse der Kollegen in die gewerkschaftliche Aktivität und Bildungsarbeit einbeziehen, die gewerkschaftliche Demokratie breit entfalten, wenn ein offenes Klima herrscht, das sachliche, kritische und kontroverse Diskussionen und Beratungen zulässt.

Deshalb sind wir entschieden gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse und andere Maßregelungen gegen Linke und kämpferische Kollegen in den Gewerkschaften!

Gewerkschaftsarbeit braucht heute über Betriebs- und Ländergrenzen hinweg internationale Zusammenarbeit und Koordinierung!

Dieser Aufruf wurde am 13.6. 09 in Dortmund von zahlreichen gewerkschaftlichen und betrieblichen Aktivisten aus ganz Deutschland, wichtigen internationalen Konzernen der Auto-, Stahl-, Druck-, Metall- und Elektroindustrie, der chemischen Industrie, dem Bergbau, aus öffentlichen Einrichtungen, Kliniken, Klein- und Mittelbetrieben diskutiert und einstimmig verabschiedet. Wir wollen mit dem Aufruf einen Diskussionsprozess in den Gewerkschaften fördern mit dem Ziel, die Positionen der Gewerkschaften zu stärken und einen Beitrag zu leisten zum Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten!“

Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz